



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	6
3.	Griechische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften	11
4.	Türkische Zyprioten	12
	Wirtschaftliche Entwicklung.....	12
	Innenpolitische Entwicklungen	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	14

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Nach der Wiederaufnahme der Gespräche zur Lösung der Zypernfrage im Mai trafen der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Ozdil Nami am 4. Juni UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in New York. Nach Ende des halbstündigen Treffens klang Akinci optimistisch und sagte, dass er sich auf konstruktiven Gespräche freue, die innerhalb der nächsten Monate zu einer Lösung der Zypernfrage führen würden.

Auf einem Treffen des Nationalrates am 4. Juni übergab Präsident Anastasiades eine Liste mit vertrauensbildenden Maßnahmen an die Vorsitzenden aller griechisch-zypriotischen Parteien. Die vertrauliche Liste wurde an die Medien weitergegeben und beinhaltet die folgenden Maßnahmen:

- Die Schaffung eines Friedensparks, Bazars oder eines Industriegebietes innerhalb der Pufferzone.
- Die Verlängerung des Fußweges entlang des Flusses Pediaios in den Nordteil Nicosias.
- Die Schaffung eines Ortes für gemeinsame kulturelle Veranstaltungen mit einem Übergang am Pafos-Tor, das Besucher anlocken soll.
- Die Öffnung aller Übergänge innerhalb der Stadtmauern von Nicosia.
- Die Stärkung der technischen Ausschüsse.
- Den Schutz religiöser Stätten.
- Die Schaffung eines gemeinsamen Kulturausschusses.
- Die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses für Gender-Fragen.
- Die Stärkung des Komitees für Vermisste Personen (CMP).
- Die Verbesserung der Situation für die griechischen Zyprioten, die in einer sich im Norden befindenden Enklave leben, wie z.B. die Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Renovierung des Lebensmitteldepots in Risokarpaso.
- Die Öffnung von Übergängen in Kaimakli, Dherynia, Pomos-Kokkina, Potamos-Kampou und Lefka.
- Die Reduzierung der Truppen entlang der Waffenstillstandslinie.
- Die Verhinderung von Interferenzen bei den Radiofrequenzen.
- Die Klärung noch offener Punkte bezüglich der Überquerung von Nutzfahrzeugen im Rahmen der bestehenden Regulierungen. Gleichzeitig sollen Beschränkungen, die den Handel zwischen beiden Seiten erschweren, abgebaut werden.
- Experten soll Zugang nach Famagusta ermöglicht werden, um die Erhaltung kultureller und religiöser Denkmäler zu gewährleisten.
- Die Stromnetze beider Seiten sollen in drei Schritten miteinander verbunden werden.

Nachdem sich Anastasiades und Akinci bereits im Mai auf gesellschaftlicher Ebene getroffen hatten, um eine für die Lösung der Zypernfrage positive Atmosphäre zu schaffen, machten die beiden Politiker den nächsten symbolträchtigen Schritt und besuchten gemeinsam eine Theateraufführung des türkisch-zypriotischen Stadttheaters im Rialto Theater in Limassol. Das

Stück mit dem Titel "Traurig auf Griechisch, Verletzt auf Türkisch" des Autors Fiaze Ozdemirciler wurde unter der Regie von Yasar Ersoy aufgeführt und war mit griechischen Untertiteln versehen.

Am 17. Juni trafen sich die beiden Volksgruppenvertreter zum dritten Mal im alten Flughafen von Nikosia, der sich in der UN-Sicherheitszone befindet. Ziel des Treffens war es, die Voraussetzungen für die Aufnahme substantieller Verhandlungen über die Kernthemen zu schaffen. Dazu gehören Regierungsführung, Eigentums- und territoriale Fragen. Die Themen basieren auf einer Liste mit Konvergenzen und Divergenzen, welche von den beiden Verhandlungsführern Andreas Mavroyiannis und Ozdil Nami erstellt worden war. Die beiden Volksgruppenvertreter evaluierten die bis dato erreichten Ergebnisse und beauftragten die Verhandlungsführer damit, bis zum nächsten Treffen der beiden Politiker am 29. Juni, den Fokus auf kapitelübergreifende zentrale Punkte zu richten und die entsprechenden Ergebnisse vorzulegen. Dem UN-Sondergesandten Espen Barth Eide zufolge verständigten sich die beiden Politiker darauf, dass von nun an substantielle Verhandlungen im Mittelpunkt stehen würden. Die Verhandlungen sollen umfassend sein und alle Fragen miteinbeziehen.

Am 10. Juni verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution über den Fortschritt des Reformprozesses der Türkei für 2014. In der Resolution wird die Türkei dazu aufgefordert, ihre Truppen aus Zypern abzuziehen. Weiterhin wird die Unterstützung für die Wiedervereinigung Zyperns in Form einer bikommunalen und

bizonalen Föderation im Rahmen der UN-Resolutionen und EU Regelwerks erneut betont. In dem Bericht wurde kein Bezug auf die Öffnung neuer Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei genommen. Stattdessen wurde die Türkei aufgefordert, die UN-Seerechtskonvention zu ratifizieren. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die Republik Zypern das Recht habe, bilaterale Verträge abzuschließen, die sich auf die ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns beziehen. Der Bericht kritisierte auch, dass die Türkei ihren Verpflichtungen, was die diskriminierungsfreie Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Assoziationsabkommen EU-Türkei gegenüber allen Mitgliedstaaten - das auch die Normalisierung der Beziehungen zu Zypern beinhaltet - nicht nachgekommen sei. Die türkische Regierung lehnte den Bericht ab und kündigte an, dass der Bericht an das Europäische Parlament zurückverwiesen werde, u.a. auch wegen der sich auf Zypern beziehenden Punkte. Während eines Treffens des Ministerkomitees des Europarates am 14. Juni wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Türkei aufgefordert wird, den Zugang zu weiteren militärischen Sperrgebieten zu gewähren, um die Suche nach den Überresten vermisster Personen zu erleichtern. In einer schriftlichen Stellungnahme äußerte das türkisch-zypriotische Außenministerium Bedenken hinsichtlich des Berichtes. Es sei offensichtlich, dass die in dem Bericht enthaltenen Aufforderungen und falschen Anschuldigungen in Bezug auf Zypern die derzeit vorherrschende positive Atmosphäre auf der Insel nicht wieder spiegeln. Alle beteiligten Parteien, die eine Beteiligung der EU im Verhandlungsprozess

wünschten, müssten sich fair und ausgewogen verhalten, um ein positives Ergebnis zu erzielen. Zudem wurde zum wiederholten Male die Forderung nach einer Repräsentation der türkischen Zyprioten in der EU vorgebracht.

Der Leiter der zypriotischen Industrie- und Handelskammer, Fidias Pilides, gab am 24. Juni bekannt, dass als Teil der im Mai zwischen Akinci und Anastasiades vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen, die Mobilfunk- und Elektrizitätsnetze des Südens und Nordens bis Ende Juli verbunden werden sollen. In einem Beitrag des türkisch-zypriotischen Senders BRT informierte der türkisch-zypriotische Innenminister Teberruken Ulucay die Zuhörer über die schnellstmögliche Öffnung zweier weiterer Übergänge in Dherynia und Lefka. Wahrscheinlich werde der Übergang in Dherynia aufgrund der Topografie und bereits existierender Straßen zuerst geöffnet.

Ebenfalls am 24. Juni fand ein Treffen zwischen Präsident Anastasiades und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, in Brüssel statt, auf dem die neuesten Entwicklungen in der Zypernfrage besprochen wurden.

Der Zugang zu Bildung in einem vereinten Zypern war das Thema einer von dem panzypriotischen Gewerkschaftsbund organisierten Konferenz, die am 26. Juni in Nikosia stattfand. Die Sprecher, hauptsächlich Mitglieder der griechisch- und türkisch-zypriotischen Lehrergewerkschaften, betonten die besondere Rolle, welche der Bildung in einem vereinten Zypern zukomme und brachten ihre Befürchtungen und Vorschläge vor.

Am 29. Juni kamen Akinci und Anastasiades zu ihrem vierten offiziellen Treffen zusammen und begannen umfassende Gespräche, welche sich auf die drei Kapitel Regierungsführung, Eigentum und territoriale Fragen konzentrierten. Somit begannen die auf dem dritten Treffen vereinbarten substantiellen Gespräche. Eide zufolge wurden die beiden Politiker von ihren Verhandlungsführern auf den neuesten Stand gebracht, was diese drei Kernthemen betrifft. Anastasiades und Akinci diskutierten die Themen ausführlich in einer konstruktiven Atmosphäre und machten weitere Fortschritte. Danach erhielten die Verhandlungsführer neue Anweisungen für ihr weiteres Vorgehen bei der Bearbeitung der Kernthemen.

Es wird erwartet, dass die beiden Volksgruppenvertreter an einer von den Handelskammern beider Seiten organisierten Veranstaltung am 8. Juli teilnehmen werden. Außerdem sollen die beiden Politiker an einer Zusammenkunft mit religiösen Oberhäuptern beider Seiten teilnehmen. Das nächste Treffen von Akinci und Anastasiades wurde für den 10. Juli festgesetzt.

In einem anderen Zusammenhang wurde dem jeweils griechisch- und türkisch-zypriotischen Leiter des gemeinsamen technischen Komitees für kulturelles Erbe, Takis Hadjidemetriou bzw. Ali Tuncay, der Europäische Bürgerpreis 2015 verliehen. Hadjidemetriou und Tuncay wurden für ihre Arbeit zum Erhalt des kulturellen Erbes Zyperns und für die Förderung einer friedlichen Zusammenarbeit auf der Insel gewürdigt. Die Preisvergabe soll im Oktober stattfinden.

Am 17. Juni besuchten Vertreter türkisch- und griechisch-zypriotischer Parteien historisch bedeutsame Denkmäler in Famagusta und machten somit ihre Unterstützung für die Konservierung des kulturellen Erbes in Zypern deutlich. Der Besuch war von der slowakischen Botschaft organisiert worden. In einer Pressekonferenz sagte die slowakische Botschafterin Oksana Tomova, dass dieser Besuch keinen politischen, sondern einen kulturellen Hintergrund habe. Sie bezeichnete den Besuch als „symbolisch“ und fügte hinzu, dass die Instandsetzungsarbeiten an dem Othello-Turm, welche von der EU finanziert würden, ein Beispiel für den enormen Beitrag der beteiligten Partner zum Erhalt und zur Restaurierung des kulturellen Erbes beider Bevölkerungsgruppen auf Zypern sei.

Gemäß des Jahresberichtes der Europäischen Kommission bezüglich der Verordnung über die Grüne Linie lag 2014 das Volumen des grenzüberschreitenden Handels bei ca. 3.5 Millionen Euro im Vergleich zu 3,4 Millionen Euro im Vorjahr, was einem Anstieg von 3,1% entspricht. Laut der Kommission sei das Niveau trotz des leichten Anstieges noch sehr niedrig, was ein Grund zur Besorgnis sei. Die Verordnung über die Grüne Linie wurde 2004 formuliert und legt fest, unter welchen Bedingungen Menschen und Güter die Grenze überschreiten können. Im 2014 waren Kunststoffprodukte die meistgehandelte Ware, gefolgt von frischem Fisch, Baumaterial und Metallschrott. Dem Bericht zufolge blieb das Handelsvolumen insgesamt auf einem niedrigen Niveau, da es in dem betreffenden Zeitraum noch eine Reihe von Hindernissen gegeben habe. Beispielsweise werden türkisch-zypriotische Lastwagen mit

einem Gewicht über 7,5 Tonnen oder verarbeitete Nahrungsmittel von der griechisch-zypriotischen Regierung nicht zugelassen. Daher gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zugenommen habe. Ohne die genannten Hindernisse könnte sich die Situation spürbar verbessern. Wie auch in der Vergangenheit berichten türkisch-zypriotische Produzenten, dass es schwierig sei, ihre Waren in den Supermärkten des Südens zu platzieren und Werbung dafür zu machen, was wiederum den Handel beeinträchtigt. Des Weiteren gebe es auf Seiten der griechisch-zypriotischen Kunden Vorbehalte gegenüber türkisch-zypriotischen Produkten.

Die Zahl der Einzelpersonen, welche die Grenze überquerten stieg 2014 im Vergleich zu 2013 um 17%. Nach der Wahl von Mustafa Akinci zum türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter wird eine weitere Zunahme für dieses Jahr erwartet, nachdem die „Visa-Formulare“ an den Übergängen abgeschafft wurden. Diese Formulare waren für viele griechische Zyprioten ein Grund dafür, nicht in den Norden zu gehen.

Die Zahl der illegalen Einwanderer aus dem Norden betrug 2014 970, während 2013, 2012 und 2011 die Anzahl bei jeweils 1.043, 1.265 und 1.311 lag. Der Rückgang wird einerseits mit der Krise aber auch mit den zunehmenden Patrouillen begründet.

Die Präsidenten der türkisch-zypriotischen Handelskammer, Fikri Toros, und der griechisch-zypriotischen Handels- und Industriekammer, Phidias Pilides, besuchten Stockholm und Hel-

sinki als Gäste des schwedischen und finnischen Außenministeriums. Die beiden Präsidenten, die Joint-Ventures zur Unterstützung von Startup-Unternehmen und Gründungszentren planen, besuchten ähnliche Einrichtungen, Think Tanks und Universitäten, um sich über Innovationen und erfolgreiches Unternehmertum in diesen Ländern zu informieren. In diesem Rahmen nahmen die beiden Präsidenten an einem Seminar mit dem Titel „Frieden in Zypern aus unternehmerischer Sicht“ teil, welches vom schwedischen Außenministerium und der Stockholm School of Economics organisiert worden war. Während seiner Rede betonte Pildes, dass die Zyprioten die größten Verlierer der derzeitigen Situation in Zypern seien und dass dies in den Augen beider Handelskammern untragbar sei. Weiter sagte er, dass sich die Beziehungen zwischen der Türkei, welche der größte Markt in der Region sei, und Zypern im Falle einer Lösung normalisieren würden, was wiederum die Verteidigungskosten beider Länder verringern würde. Toros sprach den Beitrag an, welche die wirtschaftlichen Akteure bei Gründung eines föderalen Zypern leisten könnten. Des Weiteren erläuterte er die gemeinsamen Projekte der beiden Kammern, um die beiden Bevölkerungsgruppen einander näher zu bringen. „Ich bin mir sicher, dass sich die beiden Kammern aktiv am Verhandlungsprozess beteiligen werden. Dies wird im Ergebnis die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen bedeuten. Abgesehen davon ist ein Dialog auf verschiedenen Ebenen notwendig. Dies wird nicht nur den Verhandlungsprozess positiv beeinflussen, sondern auch eine nachhaltige Lösung fördern. Beide Kammern werden alles Notwendige tun, um

den Verhandlungsprozess zu unterstützen“, sagte Toros.

2. Gasvorkommen

In einer Bekanntmachung der Tel Aviver Börse vom 1. Juni teilte der israelische Konzern Delek Group mit, dass die Anteile am Aphrodite Gasfeld um weitere 19,9% durch die Übernahme der entsprechenden Anteile des texanischen Partnerunternehmens Noble Energy erhöht werden sollen. Der Kaufpreis beläuft sich auf ca. 155 Millionen US Dollar (141 Millionen Euro). Noble hält derzeit eine Beteiligung von 70% an dem Gasfeld, das sich in Block 12 befindet und 4,54 Trillionen Kubikfuß Erdgas enthalten soll. Delek und Avner Oil halten die restlichen 30% an dem Gasfeld.

Am 7. Juni gaben die Partnerunternehmen von Block 12, Noble Energy International Ltd und Delek Drilling Limited Partnership die kommerzielle Nutzbarkeit des Aphrodite Feldes bekannt. Daraufhin legten am 10. Juni die drei Unternehmen dem zyprischen Energieministerium und der Tel Aviver Börse einen Entwicklungs- und Produktionsplan für das Gasfeld vor. Ein Gasfeld ist dann kommerziell nutzbar, wenn eine genügend große Menge an Gas vorhanden ist, um nach deren Verkauf Gewinne zu erzielen. Das Energieministerium beschrieb die Wirtschaftlichkeitserklärung als einen wichtigen Schritt von der Erkundungs- zur Nutzungsphase und zur Monetisierung der nationalen Gasvorkommen. Der Entwicklungs- und Produktionsplan enthält die Vorschläge der beteiligten

Unternehmen, was die Methode und den Zeitrahmen für Entwicklung und Produktion sowie den Verkauf und das Marketing der Gasvorkommen betrifft. Ein möglicher Verkauf von Erdgas an die Türkei oder eine Verbindung zypriotischer und israelischer Pipelines, die möglicherweise nach Ägypten führen könnten, werden in dem Plan nicht erwähnt. Die Tageszeitung „Politis“ interpretiert dies als ein Zeichen dafür, dass die beteiligten Unternehmen eine schwimmende Station zur Förderung, Produktion, Lagerung und Weiterleitung von Gas (FPSO)¹ bevorzugen. Der Beginn der Förderung im Aphrodite Feld wird voraussichtlich 2019 oder 2020 sein. Dem von Delek veröffentlichten Jahresbericht für 2014 zufolge, auf dessen Grundlage der Entwicklungsplan entwickelt wurde, ist eine Anlage mit einem täglichen Produktionsvolumen von 800 mmcf (Millionen Kubikfuß) geplant. Das Gas soll dann mit Hilfe einer Unterwasserpipeline zu den Absatzmärkten in Zypern und Ägypten geliefert werden. Die Kosten sollen zwischen 3,5 und 4,5 Milliarden US Dollar liegen, die Kosten für den Bau einer Pipeline nicht eingeschlossen. Bevor die beteiligten Unternehmen eine Nutzungslizenz erhalten, muss der Plan von der zypriotischen Regierung genehmigt werden. Die Regierung hat 90 Tage Zeit, um den Plan zu prüfen.

Der Sachverständige Charles Ellinas gab zu bedenken, dass ein Verkauf an Ägypten derzeit aus drei Gründen nicht plausibel sei:

¹ Eine FPSO-Station (Floating Production, Storage and Offloading) produziert und verarbeitet das Gas an Ort und Stelle. Das Gas wird entweder zu Terminals gepumpt oder komprimiert und auf Schiffe verladen.

1. Ägypten benötigt dringend Erdgas für den heimischen Markt, d.h. in dem Zeitraum zwischen 2018 und 2020. Zypern wird jedoch nicht vor 2020 in der Lage sein, Gas zu liefern.
2. Die Verflüssigungsanlage in Damietta in Ägypten, ein möglicher Kunde für zypriotisches Gas, wird wahrscheinlich Gas aus dem israelischen Tamar-Feld verarbeiten.
3. Zypriotisches Gas dürfte zu teuer für das in Ägypten operierende Unternehmen British Gas sein, da die Kosten für die Verflüssigung, den Verkauf und die Wiederverdampfung in Europa zu hoch sind.

Am 2. Juni unterbreitete M&M Gas ein gemeinsames, von der griechischen Unternehmensgruppe Mytilineos und der zweitgrößten Öltraffinerie Zyperns, Motor Oil, betriebenes Unternehmen ein verbindliches Angebot an das zypriotische Staatsunternehmen DEFA zur Lieferung von Erdgas. M&M Gas war von der DEFA auf die Auswahlliste für die letzte Angebotsrunde über den Bau der notwendigen Infrastruktur zur Verflüssigung, Wiederverdampfung und für den Transport des Gases zu der Anlage in Vassilikos gesetzt worden.

Am 14. Juni reiste Präsident Anastasiades unter Begleitung des Außenministers Ioannis Kasoulides, des Energieministers Giorgos Lakkotrypis und des Regierungssprechers Nicos Christodoulides für einen zweitägigen Staatsbesuch nach Israel, um eine mögliche Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Tourismus und Wirtschaft zu erkunden. Was die Zusammenarbeit im Energiebereich betrifft, so vereinbarten beide Seiten, die Gespräche zu beschleunigen

um eine Vereinbarung für eine gemeinsame Nutzung der grenzübergreifenden Gasreserven zu schließen. Des Weiteren wurden die Möglichkeiten zum Verkauf von gasbetriebem Strom aus Israel nach Europa über Zypern und Griechenland beleuchtet, das sogenannte Euro-Asio Interconnector Projekt. Laut Lakkotrypis genehmigte die EU die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie über das dazu benötigte Unterwasserkabel, welches beide Länder verbinden soll. Die Wirtschaftlichkeit des Projektes hängt von der Wettbewerbsfähigkeit des Strompreises mit Vergleich zu anderen Anbietern innerhalb Europas ab.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nachdem die fünfte, sechste und siebte Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms durch die Troika positive Ergebnisse geliefert hatte, fand am 18. Juni ein Eurogruppen-Treffen in Luxemburg statt, in dem die Wiederaufnahme des 10 Milliarden Euro umfassenden Finanzierungsprogrammes aus dem Jahr 2013 beschlossen wurde. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) bestätigte die Auszahlung von 100 Millionen Euro im Juli. Bis dato hat Zypern 5,7 Milliarden Euro von insgesamt 8,9 Milliarden Euro aus dem Bail-Out Programm des ESM erhalten. Des Weiteren genehmigte der IWF (Internationale Währungsfond) am 19. Juni die Auszahlung von 278 Millionen Euro an Zypern. Insgesamt lag der Beitrag des IWF innerhalb des Programmes bis jetzt bei 742

Millionen Euro. Der IWF erklärte sich im Mai 2013 bereit, Zypern ein Darlehen in Höhe von 1 Milliarde Euro zu gewähren. Die weitere Auszahlung von Finanzhilfen an Zypern war verschoben worden, da sie von der erfolgreichen Überprüfung durch die Troika² abhängig war. Diese Überprüfung wurde wiederum durch die sich hinziehenden Beratungen über die neuen Zwangsvollstreckungsgesetze hinausgezögert.

Das Finanzministerium korrigierte die Zahlen zum voraussichtlichen Wirtschaftswachstum für dieses Jahr von 0,4% auf 0,2% und für 2016 von 1,6% auf 1,4%.

Am 18. Juni kündigte Präsident Anastasiades neue Infrastrukturprojekte für Nikosia in einem Umfang von 174 Millionen Euro an. Die insgesamt 28 Projekte beinhalten die Sanierung von Nikosias Haupteinkaufsgebiet zwischen Makarios Avenue, Evagorou und Stasikratous Straße, die Schaffung eines Parks auf dem Gelände des ehemaligen GSP-Stadiums und die Verbesserung weiterer Straßennetze in der Hauptstadt.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung der griechischen Regierung zur Abhaltung eines Referendums über das griechische Rettungsprogramm, sagte Regierungssprecher Nicos Christodoulides, dass Nikosia die Entwicklungen in Griechenland genau beobachte und unterstrich den Standpunkt der Regierung, wonach Griechenland in der Eurozone verbleiben und das Rettungsprogramm ausgeweitet werden müsse. Laut Christodoulides hat die zypriotische

² Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF).

Regierung alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um mögliche negative Auswirkungen für die zypriotische Wirtschaft zu verhindern. Die ersten negativen Effekte der Griechenland-Krise waren an den internationalen Börsen am ersten Handelstag nach der Ankündigung der griechischen Regierung zur Abhaltung eines Referendums sichtbar. Am 29. Juni sank die Sekundärmarktrendite für zypriotische Staatsanleihen über eine Milliarde und einer Laufzeit von sieben Jahren und einer im Jahr 2022 fälligen Rückzahlung von 3,71% auf 3,69% während die Rendite für Staatsanleihen, die 2020 fällig sind von 3,52% auf 3,55% fielen, was einem historischen Tiefstand nahe kommt.

Yiannos Demetriou, ein leitender Mitarbeiter der zypriotischen Zentralbank, erklärte, dass die zypriotischen Ableger griechischer Banken separate Einheiten seien und nicht von der instabilen Situation in Griechenland betroffen seien. Die Ratingagentur Moody's geht jedoch davon aus, dass, obwohl zypriotische Banken nur in einem geringen Umfang einem Risiko ausgesetzt sind, nachdem sie ihre griechischen Filialen im März 2013 verkauft hatten, eine Verschlimmerung der Situation in Griechenland ein Risiko bedeuten könnte. Des Weiteren könne ein Grexit negative Folgen für die Aktiva-Qualität und deren Entwicklung haben, da eine Reihe zypriotischer Unternehmen in Griechenland aktiv sind, was die Banken und ihre Bemühungen zur Verbesserung ihrer Aktiva-Qualität negativ beeinflussen könnte. Die zypriotischen Banken mussten einen Verlust von 4,5 Milliarden Euro als Folge des griechischen Schuldenchnittes im Jahr 2011 hinnehmen, was 2013

schließlich durch einen Bail-In der zypriotischen Sparer kompensiert wurde.

Als eine weitere Folge der wirtschaftlichen Unsicherheit in Griechenland prüfen viele griechische Reedereien die Möglichkeit einen Teil ihrer Operationen nach Zypern zu verlegen. Dem zypriotischen Schifffahrtsamt zufolge hat Zypern derzeit die weltweit zehntgrößte Handelsflotte und die drittgrößte innerhalb der EU mit ca. 1.000 registrierten Schiffen und einer Bruttotonnage von über 19 Millionen. Ungefähr 4% der weltweit operierenden Flotte werden von Zypern aus gemanagt und 87% der Firmen in Zypern kommen aus der EU.

Innenpolitische Entwicklungen

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Rikkos Erotokritou entschuldigte sich bei Generalstaatsanwalt Costas Clerides für seine Bemerkungen während einer Pressekonferenz am 1. April kurz nachdem Clerides die Ergebnisse eines Ermittlungsverfahrens veröffentlicht hatte, wonach schwerwiegende Beweise gegen dessen Untergebenen vorgelegt worden waren. Im April hatte Erotokritou behauptet, dass er ein Opfer vorsätzlicher Heimtücke gewesen sei und dass er verdächtigt worden sei, in einer strittigen Eigentumsfrage mit der in Zypern ansässigen russischen Firma Providencia Holdings Ltd involviert gewesen zu sein, während Clerides selbst als Verdächtiger hätte eingestuft werden sollen.

Am 18. Juni gab der EDEK-Abgeordnete Giorgos Varna seinen Rücktritt von seinem Amt als stellvertretender Parteivorsitzender bekannt. Er

begründete seinen Schritt mit Unstimmigkeiten zwischen ihm und dem Parteivorsitzenden Marinos Sizopoulos. Bereits im Januar war der damalige Vorsitzende Yiannakis Omirou von seinem Amt zurückgetreten.

Eine Sexismus-Debatte trat letzten Monat in den Vordergrund, als der DISY-Abgeordnete Andreas Kyprianou angeblich ein Foto machte, das unter den Rock der AKEL-Abgeordneten Irini Charalambidou zielte. Dies war eine Reaktion auf eine Beschwerde von Seiten Charalambidou, dass Kyprianou im Nichtraucherbereich des Parlaments geraucht habe. Laut der DISY-Abgeordneten Stella Kyriakidou belege dieser Vorfall, dass es im Parlament eine Reihe sexistischen Benehmens, Kommentare und Andeutungen gegeben habe und dieser Zwischenfall ein größeres Problem innerhalb der zypriotischen Gesellschaft exemplarisch darstelle. Das Bewusstsein über täglichen Sexismus und sexuellem Missbrauch (auch im Hinblick auf die ausländischen Hausangestellten) hat sich in letzter Zeit verstärkt, nachdem sich eine wachsende Zahl von Opfern gemeldet hatte. Dies führte u.a. auch zu einem Gesetzesentwurf, der verschärfte Strafen für Sexualstraftäter vorsieht, der erst vor kurzem dem Parlament vorgelegt worden war. Der parlamentarische Rechtsausschuss hatte seit 18 Monaten eine separate Gesetzesvorlage über sexuellen Missbrauch bei Jugendlichen, welche von der AKEL-Abgeordneten Charalambidou vorgebracht worden war, diskutiert. AKEL beschuldigte die Regierung, dass sie erst reagiert habe, nachdem ein Monat zuvor ein Sexskandal ans Licht gebracht worden war. Das Gesetz wurde vom

Parlament mit den Stimmen der DISY-Abgeordneten einstimmig verabschiedet.

Im Juni wurde im Parlament ein Gesetzesentwurf zur eingetragenen Partnerschaft diskutiert. Die Debatte beschäftigte sich auch mit der Adoptionsfrage. Die NGO „Accept-LGBT Cyprus“ beschuldigte einige Abgeordnete, die Debatte absichtlich hinauszuzögern, sodass das Gesetz nicht mehr vor der Sommerpause verabschiedet werden könne. Die zypriotische Kirche lehnt die eingetragene Partnerschaft vehement ab, da diese „gegen die zypriotischen Sitten und Moralvorstellungen verstoße“. Der Staatssekretär des Innenministeriums Constantinos Nicolaidis erklärte die Haltung der Regierung, wonach das Gesetz nur die Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern regle. Demnach betreffe das Gesetz eine Vereinbarung zwischen zwei Erwachsenen sowie die Bedingungen für deren Zusammenleben und die damit verbundenen rechtlichen Folgen, die jenen im Ehe recht gleichen. Die Antidiskriminierungsstelle, die in den Aufgabenbereich des Bürgerbeauftragten fällt, betonte, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Ehe von dem Zweck der Fortpflanzung entkoppelt habe. Außerdem gewähre die Europäische Menschenrechtskonvention nicht nur jenen Familien Schutz, die auf einer Ehe, sondern auch jenen, die auf anderen eheähnlichen Lebensformen basierten.

Ein umstrittenes Gesetz zur Einstellung von Lehrern, welches die derzeitige Praxis außer Kraft setzt, soll demnächst verabschiedet werden. Bis jetzt wurden die Lehrer gemäß einer Warteliste eingestellt. Bildungsminister Kadis erklärte, dass das derzeitige System der Listen-

seniorität im Jahr 2018 auslaufen werde. Danach würden die neuen Lehrer aufgrund ihrer Lehrerfahrung und Qualifikation ausgewählt. Die Mehrheit der Vertretungslehrer soll innerhalb der nächsten drei Jahre fest eingestellt werden, danach sollen die Festeinstellungen basierend auf den Prüfungsergebnissen stattfinden. Der Ministervorschlag wurde von der Lehrgewerkschaft der Lehrer an Sekundarschulen angenommen, aber von der Gewerkschaft der Grundschullehrer POED abgelehnt, die forderte, dass das Ministerium mit der Anwendung des neuen Gesetzes warten solle, bis alle Vertretungslehrer eingestellt seien. Kritiker bemängeln, dass die langsame Umstellung zu lange dauere. Die Debatte findet innerhalb einer lebhaften Diskussion über die allgemeinen Standards an zypriotischen Schulen statt. Beim letzten PISA-Test der OEZD habe die zypriotischen Schüler wiederholt mittelmäßig bis schlecht abgeschnitten. Weltweit lag Zypern auf Platz 46 von insgesamt 76 Ländern, während die zypriotischen Schüler innerhalb der EU auf dem letzten Platz lagen. Im Hinblick darauf plant das Ministerium eine Lehrplanreform sowie eine Änderung der Einstellungspraxis.

Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften

PEO (die größte, mit der AKEL verbundene Gewerkschaft Zyperns) protestierte erneut gegen das garantierte Mindesteinkommen, welches letztes Jahr im Rahmen einer Reform des Sozialhilfesystems von der Regierung eingeführt worden war. Vor dem parlamentarischen Ausschuss für Arbeit und Soziales legte PEO dar, dass das garantierte Mindesteinkommen

nicht weitreichend genug sei, einer problematischen Logik folge und die Durchführung unzureichend sei. Dadurch würde der notleidende Teil der Bevölkerung nicht geschützt, die Armut nur umverteilt und die Antragsteller erniedrigt. Des Weiteren wurde die Regierung beschuldigt, den Umfang der Sozialpolitik einzuschränken. Außerdem sei die Regierung nicht bereit, die Probleme anzuerkennen und aus Wohltätigkeit eine offizielle Politik zu generieren. Die PEO forderte eine umfassende Debatte über die Notwendigkeit einer effektiven Sozialpolitik.

Die Gewerkschaften des zypriotischen Elektrizitätsunternehmens CEA protestierten gegen die Privatisierungspläne der Regierung und riefen beginnend am 24. Juni zu Streiks auf. Am 25. Juni hielten die Angestellten der CEA einen zweistündigen Warnstreik ab. In dem für weitere Streiks vorgesehenen Zeitraum würden keine Überstunden geleistet. Außerdem würde jenen Haushalten, die bisher ihre Stromrechnung nicht bezahlt haben, nicht, wie vom Unternehmen angekündigt, der Strom abgeschaltet. Die Gewerkschaften kritisierten die Tatsache, dass die Gesetzesvorlagen zur Privatisierung der CEO ohne Zustimmung der Gewerkschaften formuliert worden seien und dass die Privatisierung zu einem Ausverkauf von öffentlichem Eigentum, erhöhten Strompreisen und Produktionsengpässen führen werde. Während einer Protestkundgebung am 24. Juni protestierten die Gewerkschaften des zypriotischen Telekomunternehmens CyTA ebenfalls gegen die Privatisierungspolitik der Regierung. Die Arbeiter der zypriotischen Hafenbehörde CPA, das dritte staatliche Unternehmen, das privatisiert

werden soll, wollen ab dem 1. Juli keine Überstunden mehr leisten und riefen für den 17. Juli zu einem 24-Stunden-Streik auf.

Einer Untersuchung der EU-Agentur für Grundrechte zufolge, ist Ausbeutung am Arbeitsplatz in Zypern immer noch weit verbreitet. Das liege daran, dass die Arbeitsgenehmigung für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten an die Anstellung bei einem bestimmten Arbeitgeber gekoppelt sei. Daneben seien die Kontrollen unzureichend, es gebe keine Tarifverträge und die Kontrolle der Arbeitsvermittler sei ineffizient. Daneben sei die Angst vor Abschiebung von Arbeitern, die sich über Ausbeutung beschwerten, mangelndes Verständnis auf Seiten der staatlichen Stellen und die Verschleppung von Gerichtsverfahren wichtige Faktoren. Dies betreffe auch Arbeitnehmer aus der EU und existiere in verschiedenen Bereichen wie Landwirtschaft, Hausarbeit, Produktion, Tourismus und in der Baubranche. Der Ombudsmann betonte, dass ernsthafte Maßnahmen eingeleitet werden müssten und der Staat die Arbeitsbedingungen besser kontrollieren müsse, um Ausbeutung zu vermeiden und eine Kultur der Null-Toleranz bei Ausbeutung zu fördern.

Am 22. Juni fand eine von der FES organisierte bi-kommunale Konferenz mit dem Titel "Trade Unions in Cyprus: Their Current State and the Challenges Ahead" statt. Dort wurde eine FES-Studie zum Thema von beiden Autoren vorgestellt und mit führenden Gewerkschaftsvertretern beider Seiten diskutiert. Die Studie kann auf Deutsch und Englisch auf unserer Web-Seite oder unter (<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11143.pdf>) heruntergeladen werden.

Nachdem die Lage der Gewerkschaften auf beiden Seiten der grünen Linie in zwei getrennten Panels diskutiert worden war, referierte Torsten Müller, Senior Researcher beim European Trade Union Institute (ETUI), zum Thema Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftsarbeit im europäischen Kontext. Der Vortrag wurde dann in einem gemeinsamen Panel von allen Gewerkschaftsvertretern diskutiert. Dies war die erste FES-Veranstaltung zu einem gewerkschaftlichen Thema und soll den Beginn einer engeren Zusammenarbeit mit Gewerkschaften auf Zypern darstellen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ministerium für Wirtschaft und Landwirtschaft gab sein Finanzierungsprogramm für 2015 bekannt. Insgesamt 13 Millionen TL (4,35 Millionen Euro) stehen für finanzielle Unterstützung und Förderung für Projekte im Tourismus sowie der Industrie und Landwirtschaft im Rahmen eines 2010 mit der Türkei vereinbarten Abkommens zur Verfügung. Das Rahmenabkommen sieht auch technische Unterstützung durch die in der Türkei ansässige Cukurova Entwicklungsagentur vor. Projekte im Bereich Landwirtschaft und ländliche Förderung sowie Tourismus sollen eine Förderung von jeweils 4 Millionen TL empfangen, während die verbleibenden 5 Millionen TL zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft innerhalb der

„TRNZ“³ eingesetzt werden sollen. Bis dato sind in dem Zeitraum von 2012 bis 2014 ungefähr 32 Millionen TL (10,7 Millionen Euro) an finanziellen Fördermitteln für 206 Projekte zur Verfügung gestellt worden.

Der türkisch-zypriotische Hotelverband gab für den Mai eine Belegungsquote von 61% bekannt. Der Verband vermeldete eine Belegungsquote von 70% bei den Fünf-Sterne-Hotels und von 52% bei den kleineren Hotels.

Innenpolitische Entwicklungen

Auf einem außerordentlichen Parteitag der Republican Turkish Party – United Forces (CTP-BG) wurde der ehemalig Präsident und Premierminister Mehment Ali Talat zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Mehment Ali Talat erhielt 727 Stimmen, während Yasar Oduncuoglu 93 bekam. Die Delegierten wählten 40 Repräsentanten, welche zusammen mit den 37 Funktionären die Parteiversammlung bilden. Auf ihrem ersten Treffen wählte die Parteiversammlung der CTP-GB den Abgeordneten für den Wahlkreis Nikosia, Tufan Erhurman, zum neuen Generalsekretär der Partei, während Urun

³ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Solyali, Cemil Saricizmeli, Muhittin Ozsaglam, Ali Karavezirler, Emel Kisi, Ahmet Barcin, Pembe Avsaroglu, Erdogan Sorakin und Fazilet Ozdenefe dem neuen Parteivorstand angehören werden.

Da der neue Parteivorsitzende Talat kein Parlamentsabgeordneter ist, kann er nicht zum Premierminister gewählt werden. Aus diesem Grund will die CTP-BG Präsident Akinci bitten, den CTP-BG Abgeordneten für Kyrenia, Omer Kalyncu, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der derzeitige Premierminister Ozkan Yorgancioglu trat von seinem Amt zurück und gab auch seinen Parteivorsitz auf, nachdem Präsidentschaftskandidatin Sibel Siber die Wahlen im April verloren hatte.

Am 22. Juni stimmte das Parlament für eine Änderung des Parteiengesetzes. Das ohne Gegenstimmen verabschiedete Gesetz enthält tiefgreifende Änderungen. Unter anderem sieht das Gesetz eine 30%ige Frauenquote für die Kandidatenlisten der Parteien vor. Des Weiteren wurde im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung die bisherige 5%-Hürde auf 3% herabgesetzt. Eine weitere Änderung verbietet es Abgeordneten, die aus ihrer Partei austreten, einen Ministerposten anzunehmen. Damit soll verhindert werden, dass Abgeordnete einen Parteiwechsel vornehmen, um so als Mitglied einer anderen Partei einen Ministerposten zu erhalten.

Das Parlament nahm auch eine Änderung im Familien-, Ehe- und Scheidungsgesetz vor. Demnach sollen die Änderungen aufgrund internationaler Vereinbarungen zum Schutz des

Kindes und der Frauenrechte in das neue Gesetz aufgenommen worden sein.

Anfang Juli nahm eine Delegation der Sozialdemokratische Partei (TDP) unter Führung des Parteivorsitzenden Cemal Ozyigit an einem Treffen der Sozialistischen Internationalen in New York teil, um die Mitgliedschaft der TDP zu diskutieren. Die CTP-BG und die griechisch-zypriotische EDEK sind bereits Mitglieder der Sozialistischen Internationalen.

Der Abgeordnete für Nikosia der UBP, Ersin Tatar, gab seine Kandidatur für die Wahl um den Parteivorsitz auf dem nächsten für Oktober geplanten Parteitag bekannt.

Präsident Mustafa Akinci ernannte die bisherige Verfassungsrichterin Emine Dizdarli zur neuen Ombudsfrau. Der Posten war nach Ausscheiden des früheren Ombudsmannes Feridun Onsav seit 2012 unbesetzt. Die Bestätigung der Ernennung durch das Parlament soll nach der Sommerpause erfolgen.

Ein Feuer, das in Dherynia im Süden der abgeäunten Stadt Famagusta ausgebrochen war, konnte mit Hilfe von zwei Hubschraubern und Löschfahrzeugen der britischen Militärbasis sowie einem von der Türkei zur Verfügung gestellten Löschflugzeug unter Kontrolle gebracht werden. Dem Innenministerium zufolge war ein tausend Meter breiter und 600 Meter langer Korridor von dem Feuer betroffen, auf dem trockenes Gras, Gebüsch und Bäume verbrannten. Die 28 Wohnhäuser, fünf Wohnblocks und zwei im Bau befindliche Gebäude innerhalb des Brandgeländes wurden nicht ernsthaft beschädigt. Das Feuer brach nach

Angaben des Innenministeriums aus, als ein wachhabender Soldat mit seinem Feuerzeug spielte.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juli

Montag 19.-31.07.2015

ECPR / IAPCS / FES
Workshop

International Summer School in Peace & Conflict Studies: State Fragmentation, Regional Crises & War Endings

University of Cyprus & Home for Cooperation,
Nikosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



August

Donnerstag 13.-24.08.2015

IKME / FES
Workshop

Deutsch-Zyprisches Jugendaustauschprogramm

Nikosia & Lapta, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Gregoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com